

Beschlußempfehlung und Bericht **des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß)**

zu dem Antrag des Abgeordneten Dr. Gregor Gysi und der weiteren
Abgeordneten der PDS
– Drucksache 13/79 –

Vergütung der Mitglieder der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung
des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR
beim Bundesministerium des Innern

A. Problem

Die Tätigkeit der Unabhängigen Kommission erfolgt bislang ausschließlich ehrenamtlich. Die Antragsteller sind der Auffassung, daß es sich bei dieser Tätigkeit um eine solche handelt, die man zu den Pflichten eines Bundestagsabgeordneten rechnen kann. Darüber hinaus könnte die Vergütung der Mitglieder der Unabhängigen Kommission einer schnellen Beendigung der Tätigkeit der Kommission entgegenwirken.

B. Lösung

Der Deutsche Bundestag wird aufgefordert, keine Mittel für die Bezahlung/Vergütung der Mitglieder der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR beim Bundesministerium des Innern bereitzustellen, da die Tätigkeit einer Ausschußtätigkeit im Deutschen Bundestag entspreche.

Ablehnung mit großer Mehrheit im Ausschuß.

C. Alternativen

Ablehnung des Antrags.

D. Kosten

Die Ablehnung des Antrags wird empfohlen. Auswirkungen auf den öffentlichen Haushalt des Bundes entstehen nicht.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag des Abgeordneten Dr. Gregor Gysi und der weiteren Abgeordneten der PDS – Vergütung der Mitglieder der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR beim Bundesministerium des Innern – auf Drucksache 13/79, abzulehnen.

Bonn, den 8. Februar 1995

Der Haushaltsausschuß

Helmut Wiecezorek (Duisburg)

Vorsitzender

Dr. Klaus-Dieter Uelhoff

Berichterstatter

Ina Albowitz

Berichterstatterinnen

Uta Titze-Stecher

Antje Hermenau

Bericht der Abgeordneten Dr. Klaus-Dieter Uelhoff, Ina Albowitz, Uta Titze-Stecher und Antje Hermenau

- I. Der Gesetzentwurf des Abgeordneten Dr. Gregor Gysi und der weiteren Abgeordneten der PDS – Vergütung der Mitglieder der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR beim Bundesministerium des Innern –, Drucksache 13/79, wurde in der 9. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 15. Dezember 1994 dem Haushaltsausschuß federführend sowie dem Innenausschuß mitberatend überwiesen.
- II. Die Antragsteller machten deutlich, bei der Tätigkeit in der Unabhängigen Kommission handele es sich ausschließlich um Tätigkeiten, die man zu den Pflichten eines Bundestagsabgeordneten rechnen könne. Im übrigen würde eine

Vergütung der Mitglieder der Unabhängigen Kommission lediglich die Motivation nach einer schnellen Beendigung der Tätigkeit der Kommission behindern.

Auf die von den Antragstellern gegebene Begründung in Drucksache 13/79 wird Bezug genommen.

- III. Der Haushaltsausschuß hat den Antrag des Abgeordneten Dr. Gregor Gysi und der weiteren Abgeordneten der PDS in seiner 6. Sitzung am 8. Februar 1995 beraten und dabei den Antrag – Drucksache 13/79 – mehrheitlich abgelehnt.

Der Innenausschuß hat einvernehmlich Nichtbefassung beschlossen.

Bonn, den 8. Februar 1995

Dr. Klaus-Dieter Uelhoff
Berichtersteller

Ina Albowitz
Berichterstellerinnen

Uta Titze-Stecher

Antje Hermenau